

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12



Inhalt

Dr. Haldi Strelitz MdL
zur Pflicht, Mensch und
Umwelt zu schützen:
Gen-Technik um jeden
Preis?

Seite 1

Klaus Wettig MdEP zur
Forderung nach einem
Plebiszit über den
Maastricht-Vertrag:
Warnung vor der
Volksabstimmung.

Seite 2

Stephan Hilsberg MdB
zu einer besonderen
Erwartung der Men-
schen in den neuen
Bundesländern: Das
Recht auf Bildung in
die Verfassung!

Seite 3

Dokumentation
Manfred Stolpe sprach
zur Eröffnung der Wo-
che der ausländischen
Mitbürger in Potsdam:
Wer Rassismus propa-
giert, ist unterwegs
nach Auschwitz.

Seite 5

47. Jahrgang / 187

29. September 1992

Gen-Technik um jeden Preis? Zur Pflicht, Mensch und Umwelt zu schützen

Von Dr. Haldi Strelitz MdL
Sprecherin für Bio- und Gentechnik in der SPD-Landtagsfraktion
Hessen

Gentechniker sind dabei, die bisher bekannten Methoden der Chemie völlig zu verändern. Sie manipulieren Pflanzen und Tiere, wahrscheinlich in absehbarer Zeit auch den Menschen, produzieren mit Hilfe von Mikroorganismen neue Lebensmittel, industriell nutzbare Werkstoffe, entwickeln Biokatalysatoren, Diagnostica und Medikamente, und sogar elektronische Speichermedien aus Farbstoffmolekülen von Bakterien.

Es geht um internationale Marktanteile.

Die Sensibilität gegenüber den Risiken wächst nicht in gleichem Maße. Die führenden deutschen Firmen wie Hoechst, Bayer und BASF investieren immense Summen im Ausland mit der Begründung, das deutsche Gengesetz sei zu restriktiv und ließe ihnen keine Chance. Die Sicherheitsauflagen seien zu hoch.

Der Druck von Forschung und Industrie auf die Politiker wächst, das Gengesetz zu novellieren und Hemmnisse abzubauen.

In dieser Situation ist es denn auch allzu verständlich, daß sich die Politik in Bonn beharrlich darüber ausschweigt, daß die EG-Richtlinien zu Containment (Industrieproduktion) und Freisetzung erheblich engere Grenzen ziehen als das deutsche Gengesetz, ja, daß die EG bereits im August bei der Bundesregierung die Umsetzung der Richtlinien in nationales Recht annimmt.

In 14 Punkten wird das Sündenregister über die Defizite erläutert. So wird zum Beispiel angemahnt, daß der Transport von Mikroorganismen nicht geregelt ist, daß Versuche mit Mikroorganismen nicht zeitlich begrenzt sein können, daß es keine Notfallpläne gibt, daß die Anwender nicht verpflichtet sind, Behörden von Unfällen zu unterrichten, daß Inspektionen und Kontrollen zur Einhaltung der Richtlinien nicht vorgesehen sind, daß die Überprüfung von Sicherheitsmaßnahmen durch die Anwender nicht vorgeschrieben ist, daß das vereinfachte Genehmigungsverfahren nicht nur für geringe Anwendungsmengen gilt, wie es die EG zuläßt, sondern im Gengesetz auch für Arbeiten in größerem Maßstab, daß Vertraulichkeit und damit Firmeninteresse im deutschen Gengesetz höher bewertet werden als die Informationspflicht, die die EG fordert, daß die absichtliche Freisetzung oder

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204-08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtf. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügbare Ausgabe
mit normalem Kohlenstoff
Recycling-Papier



das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen in Deutschland viel leichter möglich ist als es die EG vorsieht, daß Veränderungen in der Anwendung gegenüber der Anmeldung (andere Bakterienstämme, Vektoren oder Methoden) nicht zwingend den Behörden mitzuteilen sind, daß die Frage der Haftung für entstandene Schäden an Mensch und Natur zu großzügig geregelt ist, daß das Gengesetz keine Vorschriften für ein Gemeinschaftsverfahren in der EG beinhaltet (bei Gefahr für Mensch und Umwelt bei Freisetzung), daß das deutsche Gengesetz keine Stufenverfahren der schrittweisen Erweiterung der Freisetzung und damit der Überprüfung und möglichen Rückholbarkeit vorsieht.

Was nicht im Gesetz selber festgeschrieben wurde, sollte durch Verordnungen geregelt werden. Dies ist nicht erfolgt. Kritiker/innen des Gengesetzes werden damit von der EG bestätigt.

Es wird nun interessant sein zu beobachten, ob die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag bereit sind, das deutsche Gengesetz auf europäischen Standard zu bringen. Man kämpft doch sehr intensiv für Europa. Der andere mögliche Weg wäre, die übrigen Mitgliedsstaaten zu veranlassen, die EG-Richtlinien so zu verändern, daß sie dem löchrigen deutschen Gesetz nahekommen.

Bundesregierung und Deutscher Bundestag müssen sich entscheiden, was ihnen wichtig ist, Gentechnik um jeden Preis oder der mögliche Schutz von Mensch und Umwelt, wie es zumindest in der Überschrift des Gengesetzes geschrieben steht.

(-/29. September 1992/rs/fr)

Warnung vor der Volksabstimmung

Zur Forderung nach einem Plebiszit über den Maastricht-Vertrag

Von Klaus Wettig MdEP

"Das habe ich mir nicht richtig überlegt", möchte mancher sozialdemokratische Politiker darüber befragt einwenden, ob seine Motive für eine Volksabstimmung über den Maastricht-Vertrag zu werben, mit den Motiven Gauweilers und Schönhubers identisch sind. Sollte es wirklich zutreffen, daß sozialdemokratische Politiker von einiger Prominenz, vom Bundestagsabgeordneten bis zum Ministerpräsidenten, nicht erkennen können, für wen und welches Ziel sei mit ihrer Forderung die Trommel rühren? Es gibt keinen Zweifel, Gauweiler und Schönhuber verlangen die Volksabstimmung, weil sie ein Scheitern des Maastricht-Vertrages wollen. Es ist schwer vorstellbar, daß verantwortliche SPD-Politiker in einer "Nein-zu-Maastricht-Kampagne" mitwirken könnten.

Die Forderung nach einer Volksabstimmung beginnt ohne Not einen Streit, der nur um des Streites willen geführt wird, als ob die deutsche Politik nicht genügend andere Probleme zu lösen hätte. Wer Maastricht durch Volksabstimmung entscheiden will, muß bedenken, daß dieser Eingriff in das repräsentative System dauerhafte Wirkungen hat. Auch andere Fragen von zentraler Bedeutung werden dann dem Plebiszit unterworfen werden müssen. Dieser Übergang vom repräsentativen zum plebiszitären System ist in seinen praktischen Konsequenzen nicht durchdacht - auch nicht im Berliner Programm der SPD. Die Plebisziterfahrungen mit Maastricht in Dänemark, Irland und Frankreich müssen uns nachdenklich stimmen, denn selten ist in diesen Ländern mit soviel Demagogie und Haß gekämpft worden.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um die deutschen Frontlinien eines Abstimmungskampfes vorzuzelchnen: Deutscher Sonderweg gegen europäische Einbindung; Fremdenfeindlichkeit gegen offene Gesellschaft; Liberalität gegen nationale Abschottung; DM-Nationalismus gegen solidarische Hilfe.

Nach dem französischen Ergebnis kann unterstellt werden, daß auch in Deutschland eine Ja-Mehrheit erreicht würde: Die großen Parteien unterstützen weniger gespalten als in Frankreich die Zustimmung. Urbanität und hohes Bildungsniveau sind bei uns ausgeprägter, das Gewicht der Landwirtschaft und benachteiligter Regionen jedoch schwächer. Ablehnung einer Politik der Metropole existiert überhaupt nicht, abgesehen von einigen folkloristischen Elementen in Bayern. Auch die ausgeprägte West-Ost-Teilung der deutschen Gesellschaft könnte die Zustimmung zu Maastricht wegen des zahlenmäßig geringen Gewichts der bestimmenden in den neuen Bundesländern nicht gefährden. Trotzdem würde die Kampagne, die sich bis zum März 1993 hinziehen würde, tiefe Wunden schlagen und die deutsche Gesellschaft spalten. Ohne Not sollten wir dies nicht provozieren.

(-/29. September 1992/rs/fr)

Das Recht auf Bildung in die Verfassung!

Zu einer besonderen Erwartung der Menschen in den neuen Bundesländern

Von Stephan Hilsberg MdB

Bildung ist ein kultureller Wert. Wie alle Bestandteile unserer Zivilisation bleibt die Wertschätzung der Bildung nicht automatisch bestehen. Wie alle Werte unserer Kultur hat auch der Wert der Bildung eine Geschichte. Er hat auch eine Zukunft, aber wir können nicht sagen welche. Bildung bedarf unserer Obhut und unserer Pflege, sonst verkommt sie zur reinen Berufsausbildung. Das aber ist zu wenig.

In letzter Zeit ist die Bildung ins Gerede gekommen. Zu volle Hörsäle, zu wenig Lehrlinge, überlastete Gymnasiasten, zu wenig Gesamtschulen und so weiter. Dies alles, während die Öffentlichkeit in dem Eindruck lebt, der Problemstau würde nicht abgebaut. In der Tat bewegt sich wohl zu wenig.

Bisher letzter Akt der augenblicklichen Bildungsdiskussion ist der Streit um die Abgabe von Kompetenzen des Bundes in Bezug auf die Hochschulrahmengesetzgebung an die Länder. Im Grunde ist das nur ein Streit darüber, wer zum Schluß das Geld bezahlen muß. Bisher ist zu wenig da, und zu fragen, ob die Länder mehr tun, wenn sie denn die Kompetenzen dazu haben, ist legitim.

Diese Debatte findet statt im Rahmen der Verfassungskommission. Da geht es um mehr als die Bildungskompetenzen. Hier wird baldigst über das Recht auf Bildung diskutiert werden. Stimmen der Länder werden laut, die an die Konsequenzen denken, wenn ein fundamentales und teures Recht wie das auf Bildung in die Verfassung geschrieben werden sollte.

Die Mitglieder der SPD können sich da auf den Parteitagsbeschuß von Bremen berufen. So etwas kann hilfreich sein, ist aber keine Garantie. Die Mehrheitslage in der Verfassungskommission ist uns Sozialdemokraten zumindest im Bundestag nicht übermäßig hilfreich. Wir werden Kompromisse machen müssen. Doch ich warne sehr davor, diesen Kompromiß von Anfang an strategisch in der Bildung anzustreben.

Ohne die Sozialdemokraten kann die Durchsetzung des Staatszieles Bildung nicht gelingen. Wer hat sich bisher sonst für ein solches Grundrecht eingesetzt. In der SPD hat der Kampf um eine gleichberechtigte Bildungsbeteiligung Tradition. Der Satz von Liebknecht "Wissen ist Macht. Macht ist Wissen" hat noch immer seine Richtigkeit. Für die SPD war die Erlangung von

Bildung eine wichtige Forderung in dem Bemühen um Emanzipation, für die Durchsetzung einer gerechteren Gesellschaft.

1958 waren für die SPD 'Erziehung und Bildung ... Aufgaben erster Ordnung', um 'Begabung zu wecken'. 'Nur so können immer mehr Menschen zu selbstbewußtem Handeln, zu größerer Mitverantwortung und zum Verständnis unserer Zeit befähigt werden.' Dem ist auch heute nichts hinzuzufügen. Damals gelang es der SPD viele Menschen von dem Vorteil sozialdemokratischer Ziele für die gesamte Gesellschaft zu überzeugen.

In der DDR war das Recht auf Bildung schon zu dieser Zeit in der Verfassung verankert. Es war aber durch eine Pflicht auf Bildung konterkariert. Die Pflicht verdrängt das Recht. In der Tat hat die DDR in den siebziger und achtziger Jahren die Bildungsbeteiligung immer niedrig auf circa 13 Prozent gehalten, während sie sich gleichzeitig in der Bundesrepublik gegen 30 Prozent entwickelte, abgesehen von der politisch motivierten Bildungsdiskriminierung.

In der DDR-Verfassung hätte man eigentlich nur die Pflicht auf Bildung zu streichen müssen. Gegen das Recht war nichts einzuwenden. Sieht man einmal von der Verfassungswirklichkeit ab, so ist die jetzige Fassung des Grundgesetzes in Hinsicht auf Bildung für einen ehemaligen DDR-Bürger defizitär.

Das mag auch ein Grund dafür gewesen sein, daß die Brandenburger ein ganz umfangreiches Recht auf Bildung in ihre Verfassung geschrieben haben. Artikel 29 (Recht auf Bildung) Absatz 1 lautet: 'Jeder hat das Recht auf Bildung.'

Die Erwartungen aus den neuen Bundesländern, einen ähnlichen Artikel auch in der künftigen gesamtdeutschen Verfassung wiederzufinden, sind zweifelsohne groß. Angesichts des Gefühls vieler Menschen dort, bevormundet zu werden durch eine Gesellschaft, die sie nicht mitgestaltet haben, muß unbedingt an der Forderung Bildung als Grundrecht festgehalten werden.

Der Bedarf an Bildung muß eher höher eingeschätzt werden. Gerade angesichts der aktuellen Probleme des Rechtsextremismus in den neuen wie in den alten Bundesländern und den beifallklatschenden Leuten am Rande.

Beim Rechtsextremismus muß uns Sozialdemokraten immer wieder die Ursachenbekämpfung interessieren. Es ist eine Binsenweisheit: Wer fremde Kulturen nicht kennt genauso wie die eigene deutsche und europäische Geschichte ist zu wenig gegen primitive, rechtsextreme, ausländerfeindliche Demagogen geschützt. In der Regel sind die Demagogen viel besser ausgebildet als ihre Opfer.

Ich habe eine frappierende Beobachtung gemacht. Für viele Mitbürger in den neuen Bundesländern hat die Bildung vorrangig einen technischen Wert. Gute Bildung ist notwendig für eine erfolgversprechende Perspektive in der beruflichen Laufbahn. Das ist nichts schlechtes. Aber Bildung ist mehr.

Wer fremde Sprachen spricht und sich mit fremden Kulturen vertraut gemacht hat, kann zur Völkerverständigung im zusammenwachsenden Europa und einer kleiner werdenden Welt beitragen. Wer die eigene Geschichte studiert hat, kann Möglichkeiten für die Zukunft besser einschätzen. Wer sich mit Naturwissenschaften beschäftigt, kann Chancen und Risiken einer immer größer werdenden Technisierung unserer Zivilisation besser beurteilen. Wer die Zusammenhänge zwischen technischer Zivilisation und Umwelt studiert, dessen Bewußtsein eigener Verantwortung für die Bewahrung unserer Umwelt wird geweckt. In einer demokratischen Gesellschaft ist es notwendig, daß die Bürger Probleme auch beurteilen können. Wenden sich die Menschen von der sachlichen Beurteilung objektiver Problemlagen ab, nimmt die Trennung von Politik und Volk zu.

Bildung als Grundrecht muß eigentlich Ziel aller Demokraten sein, aber nur die SPD hat sich auch dazu bekannt. Es ist nun einmal so, wir sind zwar nicht die Regierung, haben aber trotzdem eine große Verantwortung.

(-/29. September 1992/rs/fr)

DOKUMENTATION

Manfred Stolpe: Wer Rassismus propagiert, ist unterwegs nach Auschwitz

Der Ministerpräsident von Brandenburg, Manfred Stolpe, hat zur Eröffnung der "Woche der ausländischen Mitbürger" am 27. September in Potsdam einen Vortrag gehalten, den wir im Wortlaut dokumentieren.

In Deutschland wird nicht nur mit dem Feuer gespielt, in Deutschland sind Mordbrenner unterwegs.

In keinem Land konnte die Notwendigkeit von Toleranz, Menschenwürde und Menschenrechten so existentiell erfahren werden, denn die Folgen von Intoleranz, Rassismus und Völkermord haben Millionen Deutsche erlitten, hier im Osten zudem noch zusätzlichen Erlebnisunterricht zu Verletzungen der Menschenrechte und Menschenwürde. Deshalb muß unser aller Antwort auf Ausländerhaß, Rassismus und Gewalt sein:

NEIN UND NIEMALS WIEDER!

Wer Gewalt gegen Ausländer begeht, wer Rassismus und Antisemitismus propagiert und praktiziert, ist unterwegs nach Auschwitz, der verrät die positiven Traditionen der Toleranz und der Gastfreundschaft unseres tausendjährigen Brandenburg und der schadet empfindlich unserer Zukunft!

Aber starke Worte allein genügen nicht. Mehr Mut wäre gut!

Schon mehren sich die Anzeichen, daß Einzelne gefährdet sind, wenn sie den Rotten von Gewalttättern widersprechen. Einschüchterung wird Methode. Zusehen und Schweigen erscheint sicherer. Gerade hier müssen unsere Bemühungen ansetzen. Nicht, daß der Einzelne zum Helden oder Märtyrer werden muß. Aber gemeinsames Handeln ist gefordert. Politische Entschlossenheit müssen alle Demokraten in deutlicher Übereinstimmung gemeinsam zeigen. Parteien, Gewerkschaften, Verbände, Vereine und nicht zuletzt die Kirchen dürfen keine Zweifel an ihrer Ablehnung von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt aufkommen lassen.

Besuchen Sie Ausländerheime, helfen Sie bei der Ansiedlung von Aussiedlern, unterstützen Sie demonstrativ unsere jüdischen Mitbürger beim Wiederaufbau der Gemeinden in Brandenburg.

Noch ein Wort zu den Juden in Brandenburg.

Eine Besonderheit der brandenburgischen Kultur- und Wirtschaftsgeschichte ist die seit dem 17. Jahrhundert vom Kurfürsten Friedrich Wilhelm betriebene Aufnahme und Integration von Juden als gleichberechtigte Brandenburger, die mit großer Tatkraft die Entwicklung der Region Berlin-Brandenburg vorantrieben. Die deutsch-jüdische Fusion in diesem Lande war ein wichtiger Wirkungsfaktor der fast beispiellosen Anforderungen der letzten Jahrhunderte.

Die faschistischen Mordbrenner trafen mit Ihrer Judenverfolgung ein Wesenselement unseres Landes, zerstörten einen guten und wichtigen Teil von uns. Es war ein Bestandteil unseres Landes, den wir verloren haben. Aber wir pflegen die Erinnerung daran als Verpflichtung zur Toleranz und Menschlichkeit.

Deshalb hat uns in Sachsenhausen ein schwerer Verlust getroffen. Die Baracke der jüdischen Mitgefangenen erinnerte an unsere eigene Geschichte und machte gleichzeitig Mut zu neuem, besseren Anfang.

Ich bitte den Landtagspräsidenten, die Bildungsministerin und den Kulturminister zu prüfen, wie mit einer gemeinsamen Aktion der Brandenburgerinnen und Brandenburger ein Zeichen gegen Antisemitismus, gegen Rassismus, gegen Ausländerhaß und gegen Gewalt gesetzt werden kann.

Wir könnten zum Beispiel aufrufen, den Wiederaufbau jüdischer Gemeinden in Brandenburg mit tatkräftiger Hilfe und Geldspenden zu unterstützen. Ein Signal wäre umso wichtiger, wenn die intensiven Bemühungen der Polizei den Verdacht auf Brandstiftung bestätigten sollten. Einer solchen ungeheuerlichen Freveltat kann nicht nur mit starken Worten der Politiker, nicht nur mit harten Schlägen von Polizei und Justiz begegnet werden. Sie verlangt auch eine handfeste Erwiderung aus der Breite der Bevölkerung.

Die Zukunft unseres Landes gestalten wir selbst.

Mit unserem Wiederaufbau der Wirtschaft, mit der Sicherung aller, und der Schaffung neuer Arbeitsplätze, mit der Beseitigung sozialer Unsicherheiten. Das ist unser erstes Ziel. Die Übergangskrise im Osten hat auch die Menschen und insbesondere die Jugend verunsichert.

Sie braucht gute Perspektiven, sie braucht verständnisvolle Gesprächspartner, sie braucht gute Freizeitangebote. Sie muß erfahren können, daß wir eine gute und sichere Zukunft für alle haben werden, wenn wir den Feinden von Demokratie und Menschenwürde gemeinsam die Stirn bieten.

Lassen Sie uns in einem Jahr abrechnen, was wir ganz konkret in der Zwischenzeit für ein menschenfreundliches Brandenburg getan haben!

(-/29. September 1992/rs/fr/ks)
